

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 P., 1/2 jähr. 1.50 P., jährlich 3.00 P., durch die Post bezogen 1.65 P.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezahlbar, kostet monatlich 10 P., 1/2 jährlich 30 P.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Viebnwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Telephon-Nr. 1047

Inserionsgebühr beträgt für die zweitbeste Zeitspaltel oder deren Raum 15 P. für Wohnungs-, Vereins- und Veranlagungsanzeigen 10 P. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 P. Inserate für die folgende Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Nr. 287

Halle a. S., Donnerstag, den 8. Dezember 1898.

• 9. Jahrg.

Die Thronrede.

Die diesmalige Thronrede ist von bedeutender Reichhaltigkeit; nicht weniger als neun Wortlagen sind außer dem Satze in ihr angestellt. Um so unbegreiflicher muß es erscheinen, daß der Reichstag so spät einberufen worden ist; der Appell an die selbstige Thätigkeit des Reiches hätte durch eine größere Rücksichtnahme bei der Festsetzung des Termins gut erlitten werden können.

Die Rede hebt an mit der Ankündigung eines weiteren Ausbaus der sozialen Gesetzgebung; aber es ist ein leicht beschreibenes und brüchiges Stückchen Materie, das der Baumeister Graf Polodowski aufzubauen gedenkt. Den Mangel der Subsolidität und Altersversicherung soll abgehoben, der gewerbliche Arbeiterschutz auf die Gehilfen und Lehrlinge im Handel ausgedehnt und den Rhythmen in der Konfektionsindustrie gesteuert werden. Damit man aber nicht auf den Verdacht kommt, die Regierung sei plötzlich arbeitertreulich geworden, folgt gleich nach diesem sozialen Ausbau die Ankündigung der Ruchbauvorsorge, oder vielmehr des „Gesetzentwurfs zum Schutz des gewerblichen Arbeiters“. Von Jugendans war freilich nicht direkt gesprochen, aber gewisse Wendungen lassen darauf schließen, daß es nicht übergangen werden wird. Über den Inhalt des Gesetzentwurfs scheint man sich übrigens auch im Bundesrat nicht klar zu sein. Es scheint noch gar nicht festzuhalten, ob der Gesetzentwurf in einer Verschärfung des Strafgebührens besteht, oder als Novelle zur Gewerkerordnung eingebracht werden wird. Schließlich wird das freilich seinen Unterchied ausmachen. Der Beisatz, den dieser Abschnitt der Thronrede bei dem im Weißen Saale anwesenden Reichstagsabgeordneten fand, ist behebungslos.

Die Thronrede enthält weiter die Ankündigung einer Reihe von Vorlesungen geringfügiger Natur. Auf juristischen Gebiete bewegt sich ein Gesetzentwurf, der die Zulassung von Beamtungen zur Vertretung der Parteien im parlamentarischen Verfahren regeln will; das Privilegium der Reichsbank soll veräußert und die allgemeine Einführung der Schlichter- und Schlichterordnung vorgenommen werden. Herr v. Podbielski wartet wieder mit dem in der vorigen Legislaturperiode nicht verabschiedeten Gesetzentwurf über Postreformen auf. Als letzte Reform schlägt sich noch die Einführung des Ehe- und Auslieferungsvorsatzes durch Beamtung der Post an.

Die Thronrede wendet sich dann dem Etat zu. Mit der Mitteilung, daß die Einnahmen des Reiches gesunken sind, harmonisiert die Ankündigung einer neuen Anleihe recht schlecht, die damit bezeugt wird, daß für die weitere Verbesserung in der Lage zahlreicher Klassen von unteren und mittleren Beamten, für die Aenderung der Herrensorganisation und für die Kolonien ungenügend hohe einmalige Ausgaben zu erwarten sind. Hier liegt offenbar eine Ungenauigkeit in der Ausdrucksweise vor, die bei einem so offiziellen Dokument, wie die Thronrede, nicht vorkommen sollte. Einmalige Ausgaben können nur für das Jahr und für die Kolonien, nicht aber bei einer Verbesserung der Beamtenabgeltung vorkommen. Aber es hörte sich jedenfalls besser an, wenn man von einer neuen Anleihe in Verbindung mit Erhöhung von Beamtegehältern sprach. Was die neue Herrensordnung betrifft, so ist die Begründung der nicht näher präzisierten Herrensänderungen ganz im alten Stil gehalten. In erster Linie ist von der Notwendigkeit die Rede, neue Kommandoführer zu schaffen. Das wird den anwesenden Offizieren annehmlich zu hören sein. Unter dem Worte „Berollständigung der Organisation“ versteht sich offenbar die Vermehrung der Herrensstärke. Auf die Fortschritte der Technik wird dann noch hingewiesen und vom Ersatzstoffe, das heißt vom Kriege ist die Rede, was zwar einige Sätze später die Friedenskonferenz, die der russische Zar einberufen hat, erwähnt wird. Von einer hochherzigen Anregung, von einem edlen Zweck und von sympathischer Aufnahme wird dabei geredet.

Etwas weniger theoretisches Lob und etwas mehr praktische Anwendung der im Friedensmanifest des „teuren Freundes“ entwickelten Grundsätze hätte dem Reichthalter des „Arbeitskongresses“ mehr empfohlen. Dann aber geht es keine neue Gesetzesvorlage, sie ist das wichtigste Reale und die ideale Anerkennung, die man wohl eher über der Friedenskonferenz zollt, erscheint kaum mehr als eine billige Anerkennung des von Marquis Bois an der Rema. Als Zweck der Konferenz wird übrigens bezeichnet, „daß sie der bestehenden Ordnung der Dinge zu dienen beabsichtigt ist“. Unter der bestehenden Ordnung der Dinge wird gewöhnlicherweise die soziale Ordnung der Gesellschaft verstanden.

Nach einer zweiten Konferenz wird in der Thronrede erwähnt, die Anwartschaftskonferenz, die gegenwärtig in Rom hinter verschlossenen Thüren tagt. Dunkel und still-

länglich klingen die Worte, die die Erwartungen ausdrücken, die man an diese Konferenz knüpft; „ein richtiges Gleichmaß zwischen Rechten und Pflichten als unerlässlich für die gedeihliche Entwicklung der internationalen Beziehungen soll durch praktische brauchbare Schlußfolgerungen bekräftigt werden“. Was soll das heißen? Vermutlich nichts weiteres als eine Mahnung an England, das nicht preisgeben zu lassen. Das hätte man doch deutlicher sagen sollen.

Der Blick, den die Thronrede auf die Kolonien wirft, steht alles in möglichst Licht. Der Kaiser spricht von seinen Schutztruppen.

Daß die große Deute im Osten nicht vergessen werden würde, war selbstverständlich. Den deutschen Reichsangehörigen wird der volle, ihnen gebührende Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung Europas verheißen, und solche Versprechungen klingen lieblich in die Ohren der erwerbsgierigen Zeit. Wenn der Etat über vorliegende wird, werden wir die Rechnung sehen, die uns für Rußland präsentiert wird.

Der Schluß der Thronrede ist dem Jura nach Jerusalem gewidmet, und ganz in dem Geiste gehalten, der die Ansprache des Kaisers in Dingen der Religion befehligt. Die Zentrumsabgeordneten klagen Befall, und sie hatten Grund dazu. Ob sie freilich auch mit der Stelle einverstanden sind, wo der Kaiser von der ihm „von Gottes Gnade“ verliehenen Gewalt spricht? Im Geolge des Kaisers besand sich auch ein persischer Prinz; hoffentlich bereist der junge Herr nicht Deutschland, um Studien über den Konstitutionalismus zu machen.

Die Thronrede schließt mit dem Wunsch, daß die bevorstehende Legislaturperiode durch gemeinsame Arbeit der Regierungen und der Volkvertretung einen bebenjamamen Abschnitt in der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Volksgemeinschaft bilde.“

Wir freilich glauben, daß es in dieser Legislaturperiode der größten Kraftanstrengung aller freiwirtschaftlichen Elemente bedürfen wird, um zu verhindern, daß dem deutschen Volke und vor allem der Arbeiterklasse das letzte Restchen von Recht und Freiheit geraubt werde.

Deutscher Reichstag.

Eröffnungssitzung. Dienstag, den 6. Dezember 1898. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Polodowski, Abg. Gisinger (Zentr.); eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß das alte Mitglied des Hauses, der Abg. Diederichsen, geb. 1810, durch Krankheit verhindert ist, das Präsidium zu übernehmen. Er selbst, geb. 1818, ist seines Lebens der Welt nicht mehr wert, wenn ihm niemand mehr, der älter ist, als Präsidium übernimmt. (Es meldet sich niemand.) Abg. Gisinger nimmt auf dem Präsidiumstuhle Platz. (Echtes Bravo im Zentrum.) Als protokollarischer Schriftführer fungieren die Abg. v. Bornemann (links), v. Braun (Zentr.), Walfmann (rechts) und Hermann (rechts).

Es erfolgt hierauf durch den Abg. Hermann der Namensaufruf; derselbe ergibt die Anwesenheit von 317 Abgeordneten. Das Haus ist somit beschlußfähig. Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr (Wahl des Präsidiums und der Schriftführer). Schluß 3 Uhr.

Aus dem Reichstage.

6. Dezember 1898.

In Scharen strömten heute in den Mittagsstunden die Volkvertreter nach dem Prädikat am Königspalast, in dessen weiten Wandelgängen reges Leben herrschte. Durch eine gewisse Hilfslosigkeit zeichneten sich die Neulinge aus. Sie suchten die Garderobe oder das Postzimmer, das Lesezimmer oder das Direktionsbüro, in dem jeder Abgeordnete seine Legitimationskarte in Empfang zu nehmen hat, oder irgend ein anderes der zahlreichen Gänge. Die Restaurationszimmer bilden vor Beginn der Sitzung den natürlichen Treffpunkt für Alte und Junge. Ruch Gutachten neigen die zufällig zuerst in das Restaurant tretenden Mitglieder einer Fraktion eine oder zwei der langen Tafeln für ihre Fraktion in Besitz, und die anderen folgen sich dieser freien Wahl für die Dauer der Session. An Zentrumstisch erregte ein neuerwählter Abgeordneter die Aufmerksamkeit dadurch, daß er an seinen schwarzen Gehrock die — Zentrumsmehralle gehaft hat und zwar die große Ausgabe der hochwichtigen „Auszeichnung“ am knallgelben Bande. Sonst geht es zum guten Tone, Orden und Ehrenzeichen im Hause überhaupt nicht anzulegen, und der alte Hundsthorst trug viele schmerzliche Dekorationen dieser Art in einer hinteren Tasche seines Rockes, um sie im Bedarfsfälle, bei Einladungen usw., jederzeit zur Hand zu haben.

Sehr herzlich gefaßte sich natürlich die Begrüßung unter den Angehörigen unserer Fraktion. Die freie Vorstellung, die bei anderen Fraktionen zwischen den Neuen und den Alten stattfand, brauchte es nicht zu gesehen; denn auch unsere neu en Abgeordneten sind den alten schon längst bekannt. Unter den 56 sozialdemokratischen Reichs-

boten sind 21 zum erstenmale gewählt, und ein volles halbes Hundert anderer Genossen war anwesend. 13 Mitglieder der Fraktion der vorigen Session sind nicht wieder gekommen; doch ist zu hoffen, daß noch mancher von ihnen bei Nachwahlen seinen verlorenen orangenen Streif wieder erobert. Auch die übrigen Fraktionen sind mit Neugewählten stark durchsetzt.

Als 1/3 Uhr die elektrischen Klingeln aus allen Zimmern die Abgeordneten nach dem Sitzungssaal zur Eröffnung des Reichstags riefen, gab es zunächst ein buntes Durcheinander, weil jedem Abgeordneten durch die Direction ein bestimmtes Platz angewiesen ist. Ein Rationsabzeichen an der Reine des Stuhles giebt jedem Abgeordneten bekannt, wo er Platz zu nehmen hat. Das starke Anwachsen unserer Fraktion bedingt nun deren Einberaumung nach rechts, so daß jetzt einzelne Fraktionen und Nationalvereine mitten unter den Sozialdemokraten sitzen und unsere Partei gegen die Liberalen kräftig im Recken sitzt. Auch auf den „historischen Plätzen“ der alten nationalliberalen Führer Besessenen und Sammelplätze sitzen zwei Reinge.

Von unsern neuemwählten Parteigenossen waren u. a. anwesend: Agler, Antzich, Graf, Heine, Herzfeld, Calver, Pfannkuch, Tiele, Koch, Raben, Rosenow und Aloß Weinbauer, Metzger, Elm und Bodt waren durch Krankheit am Ergehen verhindert. Begit wurde durch eine wichtige Sitzung in Nürnberg festgehalten und Stadthagen gestiftet zur Zeit die Freunde des Gefängniswesens.

Unter den südbelgischen Volksparteiern sind der neuemwählte Abgeordnete Friedrich Hausmann, ein Bilinguisbruder von Konrad Hausmann und diesem wie ein Ehemann anderen ähnelnd, auf. Es gab ergötzliche Bemerkungen; auch unser alter Lieblingstiegrüßte den Friedrich für den Konrad.

Durch Kammanantritt wurde die Zahl der erschienenen Abgeordneten festgesetzt; der erste zur Bestellung gelangende Name war der des Genossen Agler, zuletzt kam Jubel an die Reihe, so daß unsere Fraktion den Reigen eröffnet und schloß. Wäge das sinnbildlich sich beschreiben. Die Mittagspause, in welcher das Präsidium gewählt wird, ist in dieser Woche die letzte. Der Etat gemacht erst Montag zur Beratung. An die bald beendete erste Plenarsitzung schloß sich für die sozialdemokratischen Abgeordneten eine vierstündige Fraktionsitzung, in welcher Stellung genommen wurde zur Wahl des Präsidiums, zu dem etwa einundzwanzig Interpellationen und Anfragen.

Als erster Präsident kommen die Zentrumsabgeordneten Gentling und Graf Ballstrem in Betracht, als Vizepräsidenten der bekannte konservative Abg. v. Frege, der „gelbe Junger“ Frege, der nationale Waffermann und der feilschmied Schmidt-Eberfeld. Die Fraktion wird bei den freiwirtschaftlichen Präsidenten für Singer stimmen, da beschloffen wurde, als zweifelhafte Fraktion an dem ihr durch Genossen zustehenden Rechte, eine Vizepräsidentenstelle zu beantragen, festzuhalten.

Tagesgeschichte.

Wer begnadigt wird! Dem Agenten B. Kleinwächter in Hartmannsdorf, der vor einiger Zeit vom bürgerlichen Schöffengericht wegen Beleidigung des Redakteurs und Druckers der Volksstimme, der Genossen Schöpfstein und Landgraf, zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war, ist sine Strafe im Gnadenwege am 20. März ermächtigt worden. Herr Kleinwächter hatte im Gasthof zur Stadt Chemnitz gesagt: „Wer soll das Bier nun trinken? (Das war in Bezug auf ein Boykottschlag gemeint.) Wohl der Landgraf und der Schöpfstein? So gottesdammte Spießbüdel! Mir sollte ja keiner von dieser Bande kommen. . . Niebergelassen muß die Bande werden. Ein paar, die an der Spitze stehen, wie die zwei da drin, müssen sich dabei“ u. s. w.

Man versteht nicht recht, warum der sächsische Minister dem König nicht gleich den Vorschlag gemacht hat, dem Mann noch 20 Mark herauszugeben! Es ist doch ein so braver und guter „Patriot“!

Unschöner. Der verantwortliche Redakteur des lokalen Teiles der Mannheimer Volksstimme, Genosse Herzberg, ist wegen Beleidigung des Kommerzrats Scipio in Untersuchungshaft genommen worden. Das geht ja noch über die preussische Praxis!

Eine Polizeibehörde steht aber der Gewerbeordnung, das ist unsere Aufsehung des sächsischen Oberlandesgerichts. Die Gewerbeordnung gestattet bekanntlich noch Bekanntgabe des Wahltermins das Auftragen von Wahlplakäten. Für Dresden existiert aber eine lokale Polizeibehörde, sog. Verordnungsbehörde, welche u. a. bestimmt, daß das Feilbieten, Kolportieren und Verteilen von Prospekturzetteln, Kellern u. a. auf gewissen Straßen und Plätzen der inneren Stadt aus verbotspolizeilicher

